

Vorschau auf die Landratssitzung vom 13./14. Dezember 2023

An der letzten Sitzung des Jahres 2023 befasst sich das Baselbieter Parlament traditionell mit dem Budget 2024 und dem Aufgaben- und Finanzplan der folgenden Jahre. Ein weiteres Thema sind die Entschädigungen der Ratsmitglieder, und auch die massiv gestiegenen Kosten für den Hochwasserschutz an der Vorderen Frenke in Niederdorf steht auf der Traktandenliste.

Der Regierungsrat plant für die ersten beiden Jahre des **Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2024–2027** einen negativen Saldo der Erfolgsrechnung, erwartet aber für die Jahre 2026 und 2027 wieder positive Gesamtergebnisse. Aufgrund des negativen Saldos wird eine Erhöhung der Nettoverschuldung zur Finanzierung der Investitionen notwendig. Gemäss Investitionsprogramm 2024–2033 sollen die Nettoinvestitionen pro Jahr durchschnittlich CHF 216 Mio. betragen. Die vorberatende Finanzkommission weist in ihrem Bericht auf die sich abzeichnenden finanziellen Herausforderungen für den Kanton hin. Sie beantragt zwei Budgetanträge aus dem Landrat sowie die drei regierungsrätlichen Anträge zur Annahme, die restlichen 13 Budget-/AFP-Anträge aus dem Landrat empfiehlt sie zur Ablehnung und bei zweien wurde ihr ein Rückzug in Aussicht gestellt. Folgt der Landrat der Kommission, ergibt sich für das Budgetjahr 2024 ein Aufwandsüberschuss in der Erfolgsrechnung von CHF –84,9 Mio. Das Kriterium des mittelfristigen Ausgleichs der Schuldenbremse bleibt eingehalten. – *Die Finanzkommission beantragt einstimmig mit 11:0 Stimmen Zustimmung zum geänderten Landratsbeschluss. (Traktandum 3; zum [Geschäft](#))*

Jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode kann die Geschäftsleitung dem Landrat die Anpassung der **Landratsentschädigungen** an die Teuerung beantragen. In diesem Jahr behandelte sie zusätzlich noch ein Verfahrenspostulat, dass ebenfalls eine Erhöhung der Bezüge für die Parlamentarier/innen verlangte. Die Geschäftsleitung prüfte das Thema eingehend, stellte Vergleiche mit anderen Kantonsparlamenten und mit den Baselbieter Einwohnerräten an und kam mehrheitlich zum Schluss, dem Landrat eine moderate, an der seit der letzten Anpassung aufgelaufene Teuerung ausgerichtete Anpassung der Entschädigungsansätze zu beantragen. – *Die Geschäftsleitung des Landrats beantragt mit 6:2 Stimmen bei 1 Enthaltung die Änderung der Geschäftsordnung. (Traktandum 4; zum [Geschäft](#))*

Die Gesamtkosten für die Realisierung des **Hochwasserschutzes an der Vorderen Frenke in Niederdorf** betragen im Unterschied zu den mit der Landratsvorlage 2020/137 beantragten CHF 15,45 Mio. neu CHF 33,243 Mio. Die Hauptgründe für die Erhöhung sind der unerwartet hohe Grundwasserspiegel und die unerwartete Geologie. Mit der neuen Vorlage wird dem Landrat abzüglich des bereits zugesicherten Bundesbeitrags von CHF 5,145 Mio. somit eine Ausgabenbewilligung CHF 10,613 Mio. beantragt. Die vorberatende Bau- und Planungskommission monierte, dass die Abklärungen im Vorfeld der Realisierung des Hochwasserschutzes nicht ausreichend waren. Somit hätten die Kosten bereits bei der Erarbeitung des Projekts berücksichtigt werden können. – *Die Bau- und Planungskommission beantragt dem Landrat mit 8:4 Stimmen ohne Enthaltungen Zustimmung zum Landratsbeschluss. (Traktandum 5; zum [Geschäft](#))*

An der Sitzung sind weitere Vorlagen und zahlreiche Vorstösse zu verschiedenen Themenbereichen traktandiert. Diese Geschäfte sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.